

Vorwort

Vier Jahre nach Inkrafttreten des Berufsbildungsförderungsgesetzes beendete der Hauptausschuß des Bundesinstituts für Berufsbildung im Januar 1986 seine erste Amtsperiode nach dem BerBiFG. Auf der Grundlage dieses Gesetzes haben der Hauptausschuß und der Generalsekretär, die beiden gesetzlichen Organe des Bundesinstituts, in den zurückliegenden vier Jahren Ihre Aufgaben im Bereich der außerschulischen Berufsbildung wahrgenommen.

Mehrere Autoren dieses Heftes befassen sich schwerpunktmäßig mit der während dieses Zeitraums geleisteten Arbeit.

Die Beiträge beginnen mit den Ausführungen des Staatssekretärs im Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft, Paul Harro Piazzolo, anlässlich der Übergabe der Urkunden an die Hauptausschußmitglieder.

Es folgen Beiträge der „vier Bänke“ im Hauptausschuß, so von Albrecht Bendziula für die Gruppe der Arbeitgeber, Gustav Fehrenbach für die Gruppe der Arbeitnehmer, Hans Sehling für die Gruppe der Länder und Franz Coester für die Beauftragten des Bundes.

Mit einem Beitrag von Hermann Schmidt, Generalsekretär des BIBB, werden die Berichte über die Arbeit des Bundesinstituts in den vergangenen vier Jahren abgeschlossen.

Die Redaktion

Paul Harro Piazzolo

Grußwort des Staatssekretärs im Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft Herrn Paul Harro Piazzolo an die Mitglieder des Hauptausschusses des Bundesinstituts für Berufsbildung

Anlässlich der am 31. Januar 1986 zu Ende gegangenen 1. Amtsperiode nach dem Berufsbildungsförderungsgesetz und der Übergabe der Berufungsurkunden richtete der Staatssekretär folgendes Grußwort an die Mitglieder des Hauptausschusses:

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

zum Abschluß der 1. Amtsperiode dieses Hauptausschusses möchte ich Ihnen im Namen von Frau Bundesminister Dr. Wilms für die von Ihnen in den letzten 4 Jahren geleistete Arbeit herzlichen Dank sagen. Der Hauptausschuß, in dem Arbeitgeber und Gewerkschaften, Bund und Länder zusammenwirken, ist das gesetzliche Beratungsorgan der Bundesregierung in grundsätzlichen Fragen der Berufsbildung. Frau Bundesminister Dr. Wilms hat durch ihre häufige Teilnahme an Sitzungen des Hauptausschusses dargetan, wie wichtig die Beratung durch Sie für die Bundesregierung ist.

Der heutige Tag ist ein Tag des Dankes für die von Ihnen in der Vergangenheit geleistete Arbeit. Es ist aber auch ein Tag des Ausblicks auf die sich in der zweiten Amtsperiode des Hauptausschusses bis zum Ende dieses Jahrzehnts stellenden Probleme. Die quantitativen Probleme auf dem Ausbildungsstellenmarkt werden in dieser Zeit zurückgehen, vielleicht überwunden sein. Es gilt deshalb, noch stärker als in der Vergangenheit unser Augenmerk auf inhaltliche Fragen der Berufsbildung, auf die Qualität von Aus- und Weiterbildung zu lenken. Wir alle wissen mit Blick auf die neuen Techniken und Verfahrensweisen und den raschen technologischen Wandel, wie wichtig die Vermittlung von neuen Kenntnissen und Fertigkeiten ist. In diesem und im kommenden Jahr sollen mehr als 80 Berufe neu geordnet, neue Berufsbilder beschrieben und ganze Berufsfelder neu strukturiert werden.

Wir dürfen in diesem Zusammenhang nicht vergessen, daß die Vermittlung von Kenntnissen und Fertigkeiten, so wichtig sie

auch sein mögen, nur die fachliche Komponente im Berufsbildungsprozeß abdeckt.

Berufliche Bildung ist aber mehr. Sie ist Menschenbildung. Deshalb müssen wir in einer für die zukünftige Entwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft entscheidenden Phase zunehmend die Bedeutung der personalen und sozialen Komponente der beruflichen Bildung in den Vordergrund rücken. Hierfür bedarf die Bundesregierung Ihrer Beratung. Für die Bewältigung der künftigen Probleme brauchen wir keine neuen Einrichtungen oder Gremien. Die Arbeit dieses Hauptausschusses, der in der Tradition des Bundesausschusses für Berufsbildung steht, und die gute Tradition der Kontaktgespräche zwischen Bund und Ländern beweisen dies. Wichtig ist, daß die bewährten Gremien durch kreative Vorschläge neue Initiativen entwickeln, womit auch neue Problemlagen zugunsten der Menschen in unserem Land bewältigt werden können.

Das Bundesinstitut für Berufsbildung kann und soll auch in Zukunft wichtige Beiträge zur Lösung der Probleme in der beruflichen Bildung liefern. Es soll den jungen Menschen und den Erwachsenen, den Betrieben, den Sozialpartnern und den Politikern Unterstützung bei der Lösung von Problemen der beruflichen Bildung liefern. Die Bundesregierung steht zum Bundesinstitut für Berufsbildung. Die vom Bundesminister für Bildung und Wissenschaft eingesetzte Evaluierungskommission soll dazu dienen, die Effizienz des Bundesinstituts zu steigern. Niemand denkt daran, das Bundesinstitut für Berufsbildung oder seinen Stellenwert in Frage zu stellen.

Ich wünsche dem Hauptausschuß für seine Beratungen in der zweiten Amtsperiode viel Glück und Erfolg.